

## Zur Rentenentscheidung des Bundesrates:

# Keine Lobby für die Ostrentner

Von Prof. Dr. Ernst Bienert

Der Bundesrat lehnte Anträge aus Schwerin und Berlin zur Schließung der Gerechtigkeitslücken bei der Überführung der DDR-Renten ab.

Die erneut geführte Debatte, wie es um die ostdeutschen Renten steht, und die dazu veröffentlichten Leserzuschriften zeigen, dass die Problematik nach wie vor ein Dauerbrenner ist.

Trotz der Urteile des Bundesverfassungsgerichts vom April 1999 und zahlreicher, meist negativer Entscheidungen des Bundessozialgerichts geben die vom Renten- und Versorgungsrecht Betroffenen in den neuen Ländern nicht auf. Sie weisen mit Recht darauf hin, dass man allein aus einer relativ hohen Durchschnittsrente im Osten nicht schlussfolgern darf, dass die Rentengerechtigkeit bereits Einzug gehalten hat. Ein derartig pauschaler und oberflächlicher Vergleich wird der Realität nicht gerecht und ignoriert zum Beispiel, dass im Osten alle früheren und dann beseitigten Zusatz- und Sonderversorgungen heute als gesetzliche Renten ausgewiesen werden, analoge Zahlungen für entsprechende Berufsgruppen im Westen aber gar nicht in der Rentenstatistik erscheinen.

Der rot-roten Landesregierung in Schwerin gebührt Dank und Anerkennung für die mutige Initiative, die offenen Ostrentenprobleme in den Bundesrat eingebracht zu haben, nachdem der Bundestag im Mai 2002 einen entsprechenden Antrag der damaligen PDS-Bundestagsfraktion zum wiederholten Male abgewiesen hatte. Am 14. März ist nun auch diese neuerliche Initiative gescheitert, weil außer Mecklenburg-Vorpommern und Berlin alle anderen Ländervertreter keinerlei Bereitschaft zeigten, sich sachlich mit den vorgelegten Anträgen zu beschäftigen.

Die Art und Weise des Umgangs ist bezeichnend für das hohe Maß an Ignoranz und Heuchelei, mit der alle so genannten und selbst ernannten Volksparteien an die Ostrentenprobleme herangingen und herangehen. So zeichnete sich bereits in den Ausschussberatungen im Februar ein Scheitern der Schweriner Initiative ab, weil die Schweriner Sozialministerin bei der Begründung des Antrages die berechnete Auffassung vertrat,

dass Rentengerechtigkeit unteilbar ist und das Grundgesetz für alle Bürger gleichermaßen gelten müsse. Vor allem Sachsen, Thüringen und andere CDU-regierte Länder hatten einen Streit um die Renten für ehemalige MfS-Mitarbeiter entfacht und gedroht, den gesamten Antrag scheitern zu lassen, wenn Mecklenburg-Vorpommern nicht bereit wäre, den Antrag auf die Punkte »abzuschmelzen«, bei denen ein Konsens erreicht werden könne.

### Zur Erinnerung:

#### Auszug aus dem „Memorandum der Bundesregierung vom 2. September 1956 zur Frage der Wiederherstellung der Deutschen Einheit“

(Übergeben am 7. September 1956 durch die Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Moskau, Washington, Paris und London)

„14. Die Bundesregierung ist der Überzeugung, dass freie Wahlen in ganz Deutschland, wie sie auch immer ausfallen mögen, nur den Sinn haben dürfen, das deutsche Volk zu einen und nicht zu entzweien. Die Errichtung eines neuen Regierungssystems darf daher in keinem Teile Deutschlands zu einer politischen Verfolgung der Anhänger des alten Systems führen. Aus diesem Grunde sollte nach Auffassung der Bundesregierung dafür Sorge getragen werden, dass nach der Wiedervereinigung Deutschlands niemand wegen seiner politischen Gesinnung oder nur weil er in Behörden oder politischen Organisationen eines Teils Deutschlands tätig gewesen ist, verfolgt wird.“

(Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 169/S. 1625 vom 8. September 1956)

Am 14. März aber wurde bei der Behandlung des Schweriner Antrages im Plenum des Bundesrates deutlich, dass es bei dem Streit gar nicht um die MfS-Renten ging. Die Vertreter des rot-roten Berliner Senats hatten nämlich inzwischen einen Änderungsantrag eingebracht, in dem alle Fragen der Zusatz- und Sonderversorgungen – also auch die MfS-Problematik – nicht mehr enthalten waren. Wer aber geglaubt hatte, dass es jetzt Chancen für diesen auf Wunsch »abgeschmolze-

nen« Antrag geben könnte, sah sich getäuscht. Auch dieser neue Berliner Antrag wurde ohne große Diskussion abgeschmettert. Die MfS-Renten waren ein vorgeschobenes Argument gewesen und wurden nur benutzt, um die Ablehnung überhaupt begründen zu können.

Weder bei den Parteien im Bundestag noch bei den Ländern im Bundesrat besteht die Bereitschaft, die Ostrentenproblematik weiter zu diskutieren. Typisch dafür ist die Rede der SPD-Abgeordneten Waltraud Lehn im Bundestag am 19. März 2003. Sie beklagte bei der Diskussion über den Sozialhaushalt 2003 die hohen Rentenausgaben für den Osten als Fehlentwicklung. Wörtlich: »Für das Zusatzversorgungssystem Ost müssen inzwischen 2,5 Milliarden Euro bereitgestellt werden. Wohlgerichtet, ich rede von einer Zusatzrente«. Die Anzahl der Rentner, »die nach dem AAÜG, einem Gesetz aus der Kohl-Ära, und der Rechtsprechung des BSG Anspruch auf höhere Renten haben«, nehme weiter zu, so Lehn. Es könne »nicht richtig sein, dass wir 13 Jahre nach der Wiedervereinigung eine Rentenformel Ost haben, die es vielen Rentenbeziehern in den neuen Bundesländern erlaubt, sich auf dem Klagewege höhere Renten als ... in Westdeutschland zu erstreiten, nur weil es damals diese Zusatzversorgungssysteme gab, in die weder sie noch andere je eingezahlt haben«.

Obwohl Lehn aus dem Wahlkreis Recklinghausen II (Nordrhein-Westfalen) stammt, so ist doch nicht anzunehmen, dass sie von den Rentenfragen im Osten gar nichts versteht. Wer von einer Sache gar nichts versteht, sollte doch lieber schweigen, als seine Inkompetenz als Bundestagsabgeordnete derart zu offenbaren. Ich glaube vielmehr, dass Lehn in den Chor derer einstimmen wollte, die bewusst der Öffentlichkeit ein falsches Bild von den Rentenproblemen des Ostens vermitteln und glauben, dass die ständige Wiederholung von Unwahrheiten irgendwann doch einmal geglaubt wird. Frau Lehn und andere »Rentenexperten« sollten aber wissen, dass die Leute wegen uneingelöster Versprechen (»Allen wird es besser gehen« oder »Die Renten sind sicher«) und wiederholter Lügen misstrauisch geworden sind und sehr genau hinhören, wer wann etwas sagt.

Den Rentnerinnen und Rentnern ist bis heute nicht erklärt worden, warum sich die SPD vor der Bundestagswahl 1998 vehement gegen das Rentenstrafrecht für Ostrentner ausgesprochen hat, nach der Wahl jedoch trotz eindeutiger Urteile des Bundesverfassungsgerichts nicht bereit war, das Rentenstrafrecht vollständig zu beseitigen. Wenn auch der Bundesrat die Anträge aus Schwerin und Berlin zur Beseitigung noch immer bestehender Rentenlücken abgewiesen hat, wird der Kampf weiter gehen.

Die Sozialverbände sind sich darin einig,

► Fortsetzung auf Seite 2

## ► Fortsetzung von Seite 1

dass es keine Ruhe geben wird, so lange offensichtliche Ungerechtigkeiten bestehen. Zugleich wird der Widerstand gegen die neu zu erwartenden Maßnahmen zum Abbau sozialer Leistungen verstärkt, die im Auftrage der Bundesregierung von Hartz, Rürup und anderen »Sozialreformern« ausgedacht werden. Hierbei geht es auch nicht nur um Hunderttausende Ostrentner, sondern es stehen die Existenz des Sozialstaates und damit die Interessen von Millionen Arbeitnehmern und Rentnern in Ost und West auf dem Spiel.

(Aus ND vom 31. 3. 2002)



Zur gleichen Problematik äußerte sich Siegfried Felgner, Mitglied des Vorstandes und Landesbeauftragter für Mecklenburg-Vorpommern. Er schreibt unter anderem:

... Der zum Ausdruck gebrachte Wille der Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern, vor allem politisch für alle Menschengruppen rentenrechtliche Verbesserungen zu erreichen, die noch durch Gerechtigkeitslücken und Rentenstrafrecht benachteiligt sind, wurde vor allem auch durch bedauerliches Abstimmungsverhalten der neuen Län-

der, außer Berlin, negativ beeinflusst.

Obwohl wir immer realistisch und ohne zu große Illusionen den Weg der Initiative seit der Einbringung im Juni 2002 kämpferisch begleitet haben, wird es notwendig sein, daraus, nicht nur in unserem Verein, jetzt entsprechende Schlussfolgerungen auf allen Vorstandsebenen zu ziehen. Dies auch deshalb, weil unsere gerade beschlossene „Politische Konzeption“ des Vorstandes weiter darauf setzt, Rentenunrecht besonders auch politisch, durch Erreichen entsprechender politischer Mehrheiten zu bekämpfen, wie es gerade jetzt mit dieser Initiative in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin möglich wurde ...

Unser Dank ... deshalb an die Politiker und Parteien der jetzigen Regierung von Mecklenburg-Vorpommern, besonders denen im jetzt von Frau Dr. M. Linke (PDS) geführten Sozialministerium, für das verantwortungsvolle Verhalten im Bundesrat.

Sie, die Politiker der SPD und PDS unseres Landes wissen es genau so wie unsere mit uns in diesem Kampf verbündeten Org./Vereine und deren Mitglieder, dass das Erreichen des Einbringens der Bundesratsinitiative ein langjähriger kontinuierlicher hartnäckiger politischer aber fairer Kampf war.

Die Politiker aller Parteien im Land, die sich mit Bestehen unseres Vereins in M-V seit 1991 unseren Fragen, Kritiken, Bitten und Forderungen stellten und weiter stellen wollen, verdienen unseren Respekt.

Um aber in Zukunft politisch zu überzeugen und rentenrechtliche Veränderungen erkämpfen zu können, setzt dies noch ein gemeinsames hartnäckigeres, kontinuierlicheres sowie abgestimmteres Handeln aller an diesem Kampf beteiligten Organisationen, Vereine und Verbände sowie deren Mitglieder in den neuen Ländern und Berlin voraus.

Rentenunrecht / Rentenstrafrecht ist politisch gewollt, es muss abgestimmt mit unserem juristischen Kampf deshalb auch politisch weiter bekämpft werden.

Aus der TIG Schwerin übersandte uns Freund S. Markgraf ebenfalls einen, im wesentlichen, inhaltsgleichen Artikel zur gleichen Problematik, die ihn zu der Schlussfolgerung führt:

Das Scheitern der Bundesratsinitiative des Landes MV zur Überwindung aller Überführungslücken im Rentenrecht stärkt uns in unserer Überzeugung: Nur wer nicht kämpft hat schon verloren... wir werden nicht nachlassen, unsere gerechten Forderungen zu vertreten.



## Aktivitäten gegen den IRAK-Krieg

Aus verschiedenen TIG – so aus Chemnitz, Wurzen, Suhl und Stendal u. a. – erreichten uns Protestschreiben und Appelle an den Bundeskanzler bzw. an Präsident Bush, in denen die sofortige Beendigung des Krieges gefordert wird. Besonders der in Chemnitz initiierte Aufruf an die ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Organe der DDR, sich mit ihrer Unterschrift eindeutig gegen Krieg und militärische Gewalt auszusprechen, fand bereits in vielen TIG und auch in weiteren Verbänden und Vereinen breiten Zuspruch.



Die vertrauensvolle Zusammenarbeit der TIG Rostock mit Vereinen und Verbänden des Territoriums im Kampf um Rentengerechtigkeit ist weiter gefestigt worden. Mitte Februar 2003 richteten wir gemeinsam mit der Volkssolidarität, der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde, dem Bund der Ruhestandsbeamten, Rentner und Hinterbliebenen, dem Sozialverband VdK sowie dem Seniorenverein der Universität Rostock „Forderungen für eine verlässliche Rentenpolitik“ an führende Politiker der Bundesrepublik ... darunter an den Bundeskanzler, an Bundesminister und an politische Einrichtungen. In den Forderungen nach Rentenge-

rechtigkeit und Rentensicherheit wird darauf hingewiesen, dass diese nicht nur auf die neuen Bundesländer gerichtet sind, sondern ebenso die längst überfällige Rentenreform zur Einhaltung des Generationenvertrages in der gesamten Bundesrepublik betreffen. Der Vorstand der TIG beschloss, Mitte des Jahres weitere gemeinsame Schreiben an ausgewählte Politiker zu initiieren, um den Druck zum Erreichen der Rentengerechtigkeit zu erhöhen.

Helmut Grohmann



## TIG Schwedt – Hilfe für Nachbarn

Stille ruht der See! So in etwa ließe sich die gegenwärtige Situation in der TIG Schwedt/Oder beschreiben. Diese zählt immerhin noch 30 Mitglieder. Leider haben in der Vergangenheit aus den verschiedensten Gründen einige Mitglieder, auch des Vorstandes, der heimischen TIG den Rücken gekehrt. Doch nach einer Ruhepause soll das Vereinsleben wieder angekurbelt werden. Dies wollen das noch verbliebene Vorstandsmitglied Hans-Dieter Claus und weitere aktive Mitglieder. Das bekundeten sie während einer Zusammenkunft Anfang März in der Oderstadt. Ermutigt wurden sie dabei vom stellvertretenden Vorsitzenden der ISOR e.V. Prof. Dr.

Horst Bischoff und vom ISOR-Geschäftsführer, Karl-Heinz Hypko. Beide informierten ausführlich über den gegenwärtigen Stand und weitere Vorhaben des politischen und juristischen Kampfes gegen noch bestehendes Rentenunrecht. Die eigenen Kräfte verstärken und die Zusammenarbeit mit allen möglichen Verbündeten suchen, darauf orientierte Prof. Dr. Bischoff. Gleichzeitig empfahl er, Initiativen auszulösen, mit denen Einfluss auf entscheidende Politiker genommen werden könne. Er erläuterte auch die ISOR-Position, das entschiedene Nein zu einem von den USA initiierten Irak-Krieg. Gäste der Schwedter waren auch TIG-Vorstandsmitglieder aus der benachbarten Kreisstadt Prenzlau. Hans-Joachim Möllenberg, dort langjähriger TIG-Vorsitzender, sagte Unterstützung beim Ankurbeln zu. So gab es mit Hilfe der AG Recht aus Prenzlau am 20. März nach längerer Unterbrechung wieder Rat und Auskünfte für Rentner von Sonderversorgungs- bzw. Zusatzversorgungssystemen der DDR. Mit der Bildung eines neuen, arbeitsfähigen Vorstandes könnte das Ankurbeln in Schwedt gelingen.

Benno Butschalowski



Aus den TIG Prenzlau, Strausberg und Treptow/Köpenick erreichten uns Berichte über Versammlungen auf denen allesamt ein positives Fazit über die Arbeit im vergangenen Jahr gezogen werden konnte.

In der Versammlung der TIG Treptow und Köpenick wurde ein Brief an Bundeskanzler

Schröder verabschiedet, in dem es u. a. heißt:  
*Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,*

...  
*Obwohl die rentenrechtlich größten Fehlentscheidungen bereits aufgehoben worden sind, bestehen noch immer, 12 Jahre nach der Vereinigung, große Gerechtigkeitslücken. Der Bundesgesetzgeber sollte nicht erst einen Auftrag des Bundesverfassungsgerichtes an die Politik abwarten, sondern selbst wirksam werden. Dem Großteil unserer Mitglieder verbleibt nicht mehr viel Zeit, er ist hoch betagt. Es ist geboten, die Fortschreibung der Rentenformel für ehemalige Angehörige des MfS, die das Einkommen nur bis zum Durchschnitt anerkennt, zum Positiven zu verändern. Überhöhte Einkommen ließen sich vor Eingang in die Rentenformel bereinigen. Geschichtsaufarbeitung ja, aber bitte nicht mit Sozialrecht.*

*Bereits in der Stellungnahme des Ausschusses für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte der Vereinten Nationen vom Dezember 1998 zum Bericht der BRD wurde diese aufgefordert, „als ein Akt nationaler Versöhnung zu sichern, dass den Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes, Fachleuten und Wissenschaftlern, die mit dem alten Regime der ehemaligen DDR verbunden waren, Entschädigung gewährt wird sowie zu sichern, dass solche Entschädigung sowohl adäquat als auch fair ist, um so viele wie möglich von ihnen in den Hauptstrom des Lebens in Deutschland einzubeziehen und/oder, soweit angebracht angemessene Rentenregelungen anzubieten“.*

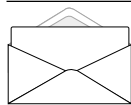
*Viele der mit der BRD verbundenen oder nahestehenden Staaten in ähnlicher Lage handelten so. Wir erwarten von der Politik der BRD, dass sie ihrer nationalen Verantwortung gerecht wird und entsprechend handelt.*

★

**TIG Schmalkalden/Bad Salzungen.** Um die Jahreswende wurde die Gedenkstätte des Hauptmann und Kompaniechefs der ehemaligen Grenztruppen der DDR, Rudi Arnstadt, erneut von unbekanntem Tätern, geschändet. Hptm. Rudi Arnstadt war bekanntlich in Ausübung seines Dienstes auf dem eigenen Territorium von Tätern aus der damaligen BRD erschossen worden. Die Gedenkstätte wird liebevoll von ehemaligen Angehörigen der Grenztruppen, die in der Kameradschaft „Florian Geyer e.V.“ vereint sind, gepflegt. Unsere ISOR-Mitglieder sehen in der Schändung einen erneuten Beweis, dass es der Politik bisher nicht gelungen ist, wie in der jüngsten politischen Konzeption des ISOR-Vorstandes Berlin festgestellt, die Rachsucht gegen ehemalige Angehörige der bewaffneten Organe der DDR im Interesse des inneren Friedens zu überwinden. In solidarischer Haltung unserer Mitglieder übergaben wir der Kamerad-

schaft „Florian Geyer e.V.“ aus einer Spontanspende 146 Euro zur Wiederinstandsetzung und Pflege der Gedenkstätte von Rudi Arnstadt und der Wahrung seiner Totenruhe in ehrendem Gedenken.

Werner Hänßler



## Aus der Postmappe

Der Vorsitzende der TIG Magdeburg, Siegfried Korth, hat in **ISOR aktuell** Nr. 12/02 über die Zusammenarbeit von Vereinen und Verbänden in Magdeburg berichtet. Von meiner Seite möchte ich den Bericht ergänzen und dabei auch auf die Entstehungsgeschichte des Vereins **SOLIDUS Magdeburg** eingehen – worin auch die Grundlage für die gute Zusammenarbeit zwischen SOLIDUS e.V. und der TIG Magdeburg zu sehen ist. Der Verein SOLIDUS wurde in Magdeburg 1991 gegründet. Im Mittelpunkt stand dabei der Gedanke der Solidarität. Zielstellungen in der Arbeit sind die gleichen wie bei ISOR. Mitglieder wurden ehemalige Mitarbeiter des Staatsapparates der DDR, ehemalige Angehörige von VEB, ehemalige Angehörige der bewaffneten Organe und aus anderen Bereichen. Als sich die ISOR-TIG Magdeburg organisierte,

mehr vorhanden war und ist. SOLIDUS hat heute noch etwas über 40 Mitglieder aus dem Bereich Magdeburg und Umgebung. Ein Teil dieser Mitglieder sind auch Klienten des RA-Büros Bleiberg und Schippert. Die enge Zusammenarbeit zwischen SOLIDUS und der TIG Magdeburg kommt auch darin zum Ausdruck, dass SOLIDUS ihren Vereins- und Versammlungsraum der TIG Magdeburg für Vorstandssitzungen, Rentenberatungen u.a. Veranstaltungen zur Verfügung stellt. Auch das ist Zusammenarbeit und Solidarität. Zum Abschluss sei erwähnt, dass die von Siegfried Kohrt in **ISOR aktuell** 12/02 erwähnte Redaktionskommission inzwischen als erste Arbeit Schreiben an den Bundestagspräsidenten, den Bundeskanzler, den Bundestagspräsidenten, den Petitionsausschuss des Bundestages sowie die Regierungschefs der neuen Bundesländer einschließlich Berlin erarbeitet hat. Im Mittelpunkt der Schreiben stehen der Beschlussantrag des Landes Mecklenburg-Vorpommern zur Schließung von Lücken im Rentenrecht der BRD und die anhängigen Musterklagen.

Werner Wild, Vors. SOLIDUS Magdeburg

★

Mit anhaltender Energie und Ausdauer schreibe ich nicht nur an den Petitionsaus-



Zeichnung: Breuer, Waren

wurde der Kontakt aufgenommen und 1993 trat die Mehrzahl der Mitglieder von SOLIDUS der TIG Magdeburg bei. SOLIDUS hatte danach über 100 Mitglieder und blieb weiterhin bestehen, da außer den ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Organe auch Bürger aus anderen Bereichen dort Mitglied waren. Aus dem Vorstand des Vereins SOLIDUS wurden Mitglieder in den TIG-Vorstand gewählt, von denen ein Teil noch heute aktiv tätig ist. Die ganzen Jahre ist einzuschätzen, dass es auch von Vorteil bei der Durchsetzung gemeinsamer Interessen war, dass ein Verein

schuss des Deutschen Bundestages wegen der Beseitigung der noch immer gültigen Strafbestimmungen des Rentenrechts, sondern zuletzt habe ich mich an den Bundeskanzler, Herrn Gerhard Schröder, auch in seiner Eigenschaft als SPD-Vorsitzenden, gewandt. Mein Schreiben vom 30. Januar 2003 basiert auch auf den ND-Artikeln vom 17. und 21. Januar 2003. Äußerst schnell hat der Mitarbeiter im Bundeskanzleramt, Herr Schuknecht-Kantowski, mit seinem Brief vom 12. Februar 2003 geantwortet. Diese Antwort aus dem Kanz-

► Fortsetzung auf Seite 4

► **Fortsetzung von Seite 3**

leramt unter SPD-Regie ist im Prinzip identisch mit denen, die unter CDU-Herrschaft geschrieben wurden. Auch die gegenwärtige Regierung ist nicht bereit die Rentengerechtigkeit wieder herzustellen, sondern sie hält fest an der Bestrafung der DDR-Staatsnahen. Beantwortet wurde auch nicht die Frage nach der Einhaltung der Wahlversprechen der SPD zur Bundestagswahl 1998, das die Abschaffung des Rentenstrafrechtes zum Inhalt hat.

Wenn auch zur Zeit nur mit ablehnenden Antworten zu rechnen ist, muss das ständige Mahnen, Erinnern und vor allem der Druck auf die Regierenden und Abgeordneten aller Fraktionen anhalten, damit keine Ruhigstellung erreicht wird. Leider muss ich durch meine jahrelange Betreuerarbeit feststellen, dass die Anzahl der „Trittbrettfahrer“ nicht abgenommen hat, sondern verstärkt auch bei Jüngeren in Erscheinung tritt, die der Auffassung sind, dass ein ISOR-Beitritt nicht lohnt, weil ja ohnehin dann alle von gesetzlichen Regelungen profitieren! Aus diesem Grunde ist es empfehlenswert, dass **ISOR-aktuell** durch die Betreuer auch den Nicht-Mitgliedern übergeben wird, damit sie sich eines Besseren besinnen und unsere Gemeinschaft durch ihren Beitritt stärken!

*Armin Lufer, Berlin*



Den folgenden Leserbrief ... habe ich ... an mehrere Zeitungen geschickt.

„Wir Rentner freuen uns, dass trotz der derzeitigen finanziellen Probleme die Renten in den neuen Bundesländern zum 1. Juli um voraussichtlich 1,4 Prozent steigen werden. Zum Glück hat sich der Arbeitgeberpräsident, Herr Hundt, mit seinem Vorschlag, allen Rentnern erstmal eine Null-Runde zu verordnen, nicht durchsetzen können. Unsere Glücksgefühle werden freilich getrübt, wenn wir bei genauem Hinsehen feststellen müssen, dass die Differenz zwischen den aktuellen Rentenwerten Ost und West – nämlich 3,16 Euro – exakt weiter erhalten bleiben wird. Das sind im Jahr für einen Standardrentner auch weiterhin **1.706,40 Euro!** Bei dem nunmehr vorgesehenen Tempo der Rentenangleichung würde niemand der heutigen Ost-Rentner die Renteneinheit erleben. Das Stigma „OST“ auf unseren Rentenbescheiden bliebe uns auf ewig (also bis zu unserem Ableben) erhalten. Übrigens: Von Juli 1996 bis Juli 2003 hat jeder Ost-Standardrentner insgesamt 14.722,15 Euro ungewollt und nur, weil er im Osten lebt, zur Sanierung der Rentenkassen beigetragen. Das entspricht immerhin mehr als sieben der von Herrn Hundt gewünschten Nullrunden.“

*Horst Körner, Dessau*



In **ISOR-aktuell** Nr. 8/2002 wird auf „**Die Sicherheit – Zur Abwehrarbeit des MfS**“

aufmerksam gemacht. Ich selbst war nie Angehöriger des MfS, habe aber als langjähriger Mitarbeiter des Arbeitsgebietes I der Kriminalpolizei – auch in Leitungsfunktionen – bei der Bekämpfung der Kriminalität (dazu gehörten eben die Vorbeugung, Verhinderung, Aufdeckung und Aufklärung von Straftaten) sehr viel Berührungspunkte und damit Einblicke in die Arbeit verschiedener Bereiche des MfS erhalten. Bei dieser Tätigkeit habe ich Kenntnisse gewonnen, die sich voll inhaltlich mit den Ausführungen decken. Ich habe das in der praktischen Arbeit kennen gelernt, was die Autoren geschrieben haben. Dieser Teil meiner Lebenserfahrung führt dazu, dass ich weiter Mitglied von ISOR bin, obwohl für mich seit 1997 das Rentenstrafrecht nicht mehr angewendet wird und stehe zu den Aufgaben, die sich ISOR zur vollständigen Beseitigung des Rentenstrafrechtes gestellt hat. Dabei habe ich durchaus Verständnis für Menschen, die sich durch die Tätigkeit des MfS ungerecht behandelt fühlen und fühlen, welches sicherlich in einzelnen Fällen begründet ist. Auch jetzt in der BRD erlebe ich immer wieder Menschen, die darüber verärgert sind, weil sie sich von allen möglichen Institutionen ungerecht behandelt fühlen und behandelt werden. Das begründet aber nicht die jahrelange und nicht enden wollende Kampagne gegen die ehemaligen Angehörigen des MfS.

*Siegfried Kaluziak, Feusdorf*

### Bei anderen gelesen

#### Herr Baring und das Rentenunrecht

Zu »Von einem der auszieht, das Fürchten zu lehren« (ND vom 19.11.):

Michael Mutz, Leiter des Referats für Sozialgerichts- und sonstige Verfahrenssachen der BfA, stellte 1999 fest: »Als das Rentenüberleitungsgesetz im Jahr 1991 beschlossen wurde, ahnte wohl kaum einer seiner geistigen Väter, dass rund acht Jahre später – genau gesagt seit dem 28. 4. 1999 – das diesem Gesetz zu Grunde liegende Konzept (soweit es sich auf die Zusatz- und Sonderversorgungssysteme bezog) fast vollständig zertümmert in der rechtspolitischen Landschaft läge«.

Was hat dies nun mit Baring zu tun? Mutz zitiert in seinem Artikel aus jenem berühmten Buch »Deutschland, was nun?«, Siedler-Verlag 1991, eine Passage, in der es heißt: »Die heutige Lage in der ehemaligen DDR ist in der Tat vollkommen anders als bei uns nach 1945. Das Regime hat fast ein halbes Jahrhundert die Menschen verzerrt, ihre Erziehung, ihre Ausbildung verhunzt. Jeder sollte nur noch ein hirnloses Rädchen im Getriebe sein, ein willenloser Gehilfe. Ob sich heute dort einer Jurist nennt oder Ökonom, Pädagoge, Psychologe, Soziologe, selbst

Arzt oder Ingenieur, das ist völlig egal: Sein Wissen ist auf weiten Strecken völlig unbrauchbar«.

War jene Auffassung, die Baring offen und unverschämte vertritt, nicht der geistige Nährboden für jenes 1991 beschlossene Rentenüberleitungsgesetz? Hat der freiheitliche Rechtsstaat – wenn man der Auffassung von Baring folgt – nicht nur das Recht, sondern geradezu die moralische Pflicht, die Renten der Privilegierten zu kürzen? Der Kampf der Betroffenen hat zu einem Teilerfolg geführt. Das erste Rentenüberleitungsgesetz musste 1999 vom Bundesverfassungsgericht in wesentlichen Punkten korrigiert werden. Das Bundesverfassungsgericht hat u. a. festgestellt, dass der Eigentumsschutz auch dann zum Tragen kommt, wenn Rentenansprüche und -anwartschaften durch Arbeitsleistungen erworben wurden und die durch Lebensleistung erreichte relative Position innerhalb der jeweiligen Rentnergeneration erhalten bleiben solle.

Inzwischen hat man allerdings den Eindruck, dass diese Entscheidungen Muster ohne Wert sind. Die politische Klasse der Bundesrepublik Deutschland zeigt wenig Bereitschaft, wie das 2. AAÜG erkennen lässt, dass Renten- und Versorgungsunrecht vollständig und für alle Betroffenen zu beseitigen. Ich befürchte, dass die Denkmuster des Herrn Professor Baring längst nicht überwunden sind und in dieser Hinsicht Maxime politischer Entscheidungen bleiben.

*Prof. Dr. Edo Albrecht, Berlin*

### Auf dem Büchermarkt

„Die Zeche jedes Krieges zahlt das Volk mit seinem Blut.“

Mit diesem Resümee beschließt Kurt F. Neubert, Jahrgang 1924, seinen Erstlingsroman „**Unter den Schwingen des Geiers**“. Dieser Satz birgt zugleich das Erkenntnisziel, dem er seinen Helden, den Panzerfahrer Karl Hellauer, schließlich zuführt. Der Weg zu diesem Ziel ist mühsam und schmerzvoll; führt er doch durch die Feuer und Schrecken des Krieges, die Hellauer als Soldat von Mitte 1941 bis zum bitteren Ende erlebt und erleidet. In der Tradition des klassischen Entwicklungsromans gestaltet Neubert die konfliktreiche Wandlung des jungen Arbeiters aus dem Mansfeldischen vom begeisterten Kriegsfreiwilligen zum überzeugten Kriegsgegner. Erschütternde Erlebnisse und nachwirkende Begegnungen an der Front und in der Heimat lassen Karl Hellauer reifen und zu grundlegend neuen Ansichten gelangen.

Neuberts Roman trägt deutlich autobiographische Züge. Jene Passagen, in denen er ganz offensichtlich eigenes Erleben unmittelbar wiedergibt, sind die einprägsamsten in der Fülle des Geschehens das der Autor mit

der Handlung ausbreitet. Es ist ein ehrliches, ein empfehlenswertes Buch, das Kurt F. Neuberger vorlegt. Und was die Aktualität angeht, so sei aus dem Nachwort zitiert. „Jeder Krieg nimmt dem Menschen seine Hoffnungen und Träume ... Doch die gestrengen Kriegsleuteriehen nun unter dem Banner der Terrorismusbekämpfung im Namen der Menschlichkeit und Freiheit über den Erdball, um all die Völker zu unterjochen, die ihnen nicht untertan sein wollen.“ **Wilfried Göldner**  
ISBN 3-8311-0838-2 Preis 17,50 €

### Jahreshauptversammlung im Wohn- und Ferienheim Heideruh

Das Wohn- und Ferienheim Heideruh e. V. führte am 22. März 2003 die Jahreshauptversammlung durch. Wir, als ISOR e. V. Mitglied im Verein Wohn- und Ferienheim Heideruh, waren dazu mit einem Vertreter aus dem Vorstand eingeladen. Von den ca. 250 Mitgliedern des Vereins waren 50 anwesend.

In diesem Jahr ging es neben der Rechenschaftslegung des Vorstandes von Heideruh auch um die Neuwahl des Vorstandes, die entsprechend der Satzung nach 3 Jahren notwendig wurde. Der neue Vorstand wurde mit 10 Mitgliedern in seine verantwortungsvolle Aufgabe gewählt.

Wenn man bedenkt, dass dieses schmutzige Kleinod am Rande der Lüneburger Heide fast ausschließlich in ehrenamtlicher Arbeit

geführt wird (nur der Koch ist im Angestelltenverhältnis), kann man das Engagement des Vorstandes und der vielen fleißigen Helfer nicht hoch genug einschätzen. Der Vorstand konnte in seinem Rechenschaftsbericht, so wie bereits im Vorjahr auch, eine positive Bilanz aufzeigen. Die Bettenkapazität ist zumindest vom Frühjahr bis in den späten Herbst sowie über alle Feiertage ausgelastet. Die schon zur Tradition gewordenen Veranstaltungen, so z. B. das Sommerfest oder der Kaffeeklatsch in Berlin-Grünau und div. andere Veranstaltungen waren wiederum volle Erfolge.

Die allgemeine Kostenentwicklung machte es jedoch erforderlich, ab 2003 die Preise um ca. 3,- € pro Tag und Person incl. Vollverpflegung auf 34,- bzw. 39,- € zu erhöhen.

Selbstverständlich war sowohl im Rechenschaftsbericht als auch in der Diskussion der gerade begonnene Krieg der USA und seiner Partner gegen den Irak ein wesentlicher Schwerpunkt. Die Teilnehmer waren sich darin einig, dass es darauf ankommt – egal wie der Krieg ausgeht – die Friedenskräfte in Deutschland zu stärken und zu mobilisieren, die Grundrechte der Bürger dauerhaft zu sichern und zu verteidigen sowie dazu beizutragen, eine Weltherrschaft der USA zu verhindern und Kriege auszuschließen.

Hans-Peter Speck

## § Die AG Recht informiert

### Renten Anpassung 2000

Zum 1. Juli 2000 wurden die Rente bekanntlich nur nach der Inflationsrate und nicht nach der Einkommensentwicklung angepasst. Damit hat die rot-grüne Regierung schlicht auf Kosten der Rentner gespart. Viele haben das nicht hingenommen und Widerspruch eingelegt.

Das Bundessozialgericht hat in einem Urteil am 30. Juli 2002 die Klage in einem Musterverfahren zurückgewiesen. Zur Begründung hat das Gericht auf die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts Bezug genommen. Danach ist es dem Gesetzgeber von Verfassung wegen erlaubt, solche Einschnitte zu Lasten der Rentner vorzunehmen, wenn es zur Finanzierbarkeit aller Renten erforderlich ist. Der Einschnitt muss nur alle Rentner gleichermaßen treffen. Das war im Juli 2000 der Fall.

Dennoch wurde gegen das Urteil des Bundessozialgerichts Verfassungsbeschwerden erhoben (Aktenzeichen: 1 BvR 1736/02).

Die gegen die Renten Anpassung im Juli 2000 erhobenen Widersprüche ruhen in der Regel. Wenn trotzdem ein Widerspruchsbeseitigung zugehen sollte, kann man seinen An-

► Fortsetzung auf Seite 6

## ISOR gratuliert allen Jubilaren, besonders:

### zum 96. Geburtstag:

*Else Berndt, Berlin-Friedrichsfelde*

### zum 93. Geburtstag:

*Annemarie Grzam, Gera*

### zum 90. Geburtstag:

*Alfred Becker, Berlin-Friedrichshain*

### zum 89. Geburtstag:

*Kurt Koch, Suhl*

*Elli Wachs, Erfurt*

### zum 88. Geburtstag:

*Elfriede Ache, Suhl*

*Kurt Karczewski, Berlin-Köpenick*

### zum 86. Geburtstag:

*Willi Schläwicke, Neuenhagen*

### zum 85. Geburtstag:

*Gerhard Grimm, Leipzig*

*Klara Mross, Dresden*

### zum 80. Geburtstag:

*Helmut Dick, Berlin-Weißensee*

*Heinz Eckert, Berlin-Marzahn*

*Gerhard Eismann, Berlin-Hohenschönhausen*

*Herbert Gasch, Berlin-Hohenschönhausen*

*Gerda Günther, Leipzig*

*Ernst Haack, Sachsenhausen*

*Albert Haferburg, Berlin-Mitte*

*Alfred Helm, Chemnitz*

*Rudolf Klose, Berlin-Lichtenberg*

*Josef Lehndeckel, Leinefelde*

*Martha Mikosch, Berlin-Karlshorst*

*Eduard Palzer, Schleiz*

*Margarete Pinder, Berlin-Treptow*

*Wolfgang Reinhold, Bad Saarow*

*Ursula Romann, Frankfurt/O.*

*Harri Rüger, Rostock*

*Georg Salfert, Berlin-Friedrichsfelde*

### zum 75. Geburtstag:

*Liesbeth Baldauf, Berlin-Hohenschönhausen*

*Edeltraud Bartel, Berlin-Lichtenberg*

*Fritz Bassüner, Belgiz*

*Herbert Brosch, Berlin-Hellersdorf*

*Christel Czichotzke, Berlin-Friedrichshain*

*Edmund Eismann, Gera*

*Egon Engelmann, Berlin-Köpenick*

*Waltraud Eltze, Berlin-Friedrichsfelde*

*Werner Fesel, Wismar*

*Rudolf Freitag, Prenzlau*

*Erwin Gehrman, Frankfurt/O.*

*Hermann Glöckner, Dresden*

*Iris Gogol, Cossebaude*

*Johanna Goldhahn, Berlin-Treptow*

*Werner Grusa, Aschersleben*

*Lothar Groß, Weißenfels*

*Elsbeth Günzel, Berlin-Friedrichsfelde*

*Margot Haftenberger, Berlin-Lichtenberg*

*Heinz Hauke, Berlin-Marzahn*

*Manfred Heidrich, Dresden*

*Ingeborg Hillmann, Eggersdorf*

*Günter Hofmann, Glaubitz*

*Margitta Hoffmann, Altenburg*

*Erich Horn, Landsberg-Gütz*

*Kurt Jendrek, Leipzig*

*Herbert Keil, Berlin-Treptow*

*Paul Kessel, Bad Liebenwerda*

*Marga Kozierka, Berlin-Karlshorst*

*Willi Kucharski, Berlin-Marzahn*

*Werner Kunze, Glienicke*

*Horst Mau, Rostock*

*Hans-Peter Michalke, Berlin-Treptow*

*Olli Mumme, Rostock*

*Arno Müller, Berlin-Treptow*

*Roland Müller, Plauen*

*Lienhard Nitschke, Berlin-Treptow*

*Gerhard Peyerl, Chemnitz*

*Gerhard Pffegel, Annaberg*

*Alfred Pilz, Berlin-Hellersdorf*

*Horst Pohl, Cottbus*

*Ursula Reinhardt, Berlin-Köpenick*

*Horst Rump, Potsdam-Waldstadt*

*Harry Rüdiger, Berlin-Friedrichsfelde*

*Valeria Sawallisch, Aschersleben*

*Hans Sawatzki, Hoyerswerda*

*Edith Schielmann, Neubrandenburg*

*Dr. Günter Sens, Neu-Boltenhagen*

*Werner Sergel, Cottbus*

*Georg Steiger, Leipzig*

*Irmgard Stiller, Osterburg*

*Adelheid Tschirpke, Dresden*

*Henry Werner, Potsdam-West*

*Manfred Wolff, Potsdam-Babelsberg*

► **Fortsetzung von Seite 5**

spruch durch Klage aufrechterhalten. In diesem Fall sollte man sogleich das Ruhen des Verfahrens beantragen, um den Ausgang der Verfassungsbeschwerde (Az: 1 BvR 1736/02) abzuwarten. Eine anwaltliche Unterstützung wird aus Kapazitätsgründen in der Regel leider nicht möglich sein.

### Der Vorstand teilt mit

Der Vorstand beurteilte auf seiner Sitzung am 26. 3. 2003 die politische und juristische Lage.

Auf das Schärfste verurteilte der Vorstand den Beginn des Krieges der USA gegen den Irak. Der Vorstand ruft alle Mitglieder unserer Initiativgemeinschaft auf, sich weiter an Protestaktionen gegen diesen Krieg zu beteiligen. Wir fordern die sofortige Beendigung aller Kriegshandlungen.

Mit Bedauern beurteilte der Vorstand das Scheitern der Initiative der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern sowie des Vorschlags des Senats von Berlin im Bundesrat zur Beseitigung noch vorhandener Rentenungerechtigkeiten.

Die Umsetzung der politischen Führungskonzeption des Vorstandes wird konsequent fortgesetzt.

Der Vorstand nahm einen Bericht über die mündliche Urteilsbegründung der 35. Kammer des Sozialgerichtes Berlin vom 21. 3. 2003 entgegen. In allen 25 abgehandelten Verfahren wurde die Klage als zulässig erklärt und gleichzeitig als unbegründet abgewiesen.

Die Urteile sind Ausdruck der verbreiteten Haltung der Sozialgerichte, die auf 1,0 EP begrenzte Gesetzgebung zu rechtfertigen. Zahlreiche andere Gerichte weisen deshalb schon die Klagen als unzulässig zurück. Ebenso verhalten sich bisher auch die Senate des Landesozialgerichtes Berlin. Andere LSG haben bisher noch nicht entschieden.

Der Landesbeauftragte für Berlin, Siegfried Jesse, gab einen Bericht zur politischen Lage und Situation der Berliner TIG sowie den Gesprächen mit Fraktionsvorsitzenden bzw. Mitgliedern der Fraktionen des Berliner Abgeordnetenhauses der CDU, PDS und der FDP.

Das Mitglied des Vorstandes von ISOR e. V.

und Vizepräsident des Ostdeutschen Kuratoriums der Verbände Dr. Gerhard Dylla informierte umfassend zu inhaltlichen Problemen des II. Memorandums des Kuratoriums und der geplanten Regionalkonferenz in Dessau.

Der Vorstand bestätigte einen Bericht der Revisionskommission.

### Reiseangebot der AG Freizeit und Reisen der GBM

#### Bulgarienurlaub:

Sie werden im 4-Sterne-Hotel Crown Plaza direkt am Goldstrand wohnen. Der feinsandige flach abfallende Strand ist nur 350 m entfernt. Die Anlage besteht aus zwei Häusern, ein drei- und ein neu gebautes Vier-Sterne-Haus, in dem wir für Sie Zimmer mit Meerblick, Balkon oder Terrasse, Bad oder Dusche, WC, Föhn, Telefon, Klimaanlage, Sat. TV und Halbpension (Frühstück und Abendessen) gebucht haben. Zusätzlich können Ausflüge in verschiedene Gegenden Bulgariens oder nach Istanbul gebucht werden.

**Information und Buchung** bei TUK-INTERNATIONAL, 030/ 42 333 33 bzw. beim Leiter des AK Freizeit-Reisen der GBM Gisbert Graff 030/ 5658 7715 oder bei der Geschäftsstelle der GBM, Weitlingstrasse 89, 10319 Berlin, Tel.: 030/55 78 397, Fax-Nr.: 030/555 63 55.

**Termin:** 22. 9. - 6. 10. 03, **Preis:** 578,00 €/DZ  
**Leistungen:** GBM-Reiseleitung; Charterflug ab/an Berlin-Schönefeld; Transfers Flughafen; Unterbringung im Hotel im Doppelzimmer evtl. auch Einzelzimmer; Halbpension; Reisepreissicherungsschein.

### Von Mitglied zu Mitglied

Biete Ferienwohnung (80 qm, bis 5 Pers.) in **Wurzbach/Thüringer Frankenwald**.  
Tel./Fax.: 036652 - 22347



Hotelpensionam ehem. „Seeschlösschen“ **Niederspre b. Niesky** in ruhiger Lage.  
7 Ü/F f. 2 Pers. für 250 € + Kind frei; HP: 5,- €;  
Grillabend incl.; Fahrradverleih.  
Pension Weiser Tel.: 035894-30470



Ferienwohnungen im **Ostseebad Dierhagen/Fischland/Darß** in unmittelbarer Strandlage, ganzjährig nutzbar.  
Tel. 0381- 700 6301



### Wir trauern um unsere verstorbenen Mitglieder

HORST ANDRUSCHOW, Potsdam-Hubertusdamm  
LOTHAR BACH, Leipzig  
GERTRUD BARTEL, Wismar  
IRENE BERGER, Halle  
ROLF BIEDERMANN, Zwickau  
HANS-GEORG BIENEK, Harzgerode  
FRED BURKHARDT, Borna  
KURT CICHOS, Brandenburg  
KURT DEMMIN, Altentreptow  
GÜNTER DÖHLER, Ilmenau  
ROLF GAPSCH, Gera  
MANFRED GÜNZEL, Cottbus  
WOLFGANG HAMMER, Strausberg  
ERNST HAWICH, Erfurt  
DORA HERBRICH, Erfurt  
DR. OTTO HENNICKE, Potsdam-Waldstadt  
RUDI HÖHN, Berlin-Pankow  
CHRISTA JOACHIMI, Berlin-Mitte  
ROSEMARIE KARMACZIN, Eichwalde  
GÜNTER KAUFMANN, Berlin-Marzahn  
HILDEGARD KELLNER, Berlin-Hohenschauen  
IRENE KIESSLING, Berlin-Marzahn  
HERMANN KRANZ, Aschersleben  
GERHARD KREISEL, Bernburg  
HUBERT KURZBACH, Eisenach  
JOHANNA LEHMANN, Berlin-Mitte  
HARRY LIEBING, Kagel  
VERA LUDWIG, Aschersleben  
KARL-HEINZ ODERWALD, Potsd.-Hubertusdamm  
URSULA RAU, Waren  
WILLI RIPKE, Pößnick bei Dresden  
OTTO RUPPE, Berlin-Prenzlauer Berg  
GERHARD SCHNEIDER, Berlin-Hohenschönhausen  
HELMUT SCHLOTT, Klingenthal  
HORST SCHUBERT, Cottbus  
HANS SEIFERT, Plauen  
JÖRG STROBEL, Plauen  
DIETRICH ÜBERALL, Fredersdorf  
KARL-HEINZ VOFFREI, Berlin-Friedrichsfelde  
JOACHIM WALTHER, Chemnitz  
ARNO WENDT, Berlin-Pankow  
HANS-DIETER ZILLMANN, Berlin-Treptow

**Ehre ihrem Andenken.**

### Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Klaus Kudoll, Telefon: (030) 29 78 43 19

Vi.S.d.P.: Prof. Dr. Horst Bischoff, c/o Geschäftsstelle

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 1. 4. 2003

Einstellung in das Internet: 3 Tage nach Redaktionsschluss.

Satz: SATZ-Studio Kehrer, 12355 Berlin

Druck: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Karl-Heinz Hypko

Franz-Mehring-Platz 1 - 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat

29 78 43 16 - Geschäftsführer

29 78 43 17 - AG Finanzen

Fax: (030) 29 78 43 20

Postanschrift: ISOR e.V. - Postfach 700423 - 10324 Berlin

e-mail: ISOR-Berlin@t-online.de

internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse

Konto-Nr. 171 302 0056, BLZ 100 500 00

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:

Dienstag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:

Dienstag 9 bis 12 Uhr

Jeden 1. und 3. Donnerstag 15 bis 18 Uhr